

Breslauer Zeitung.

Verleger: Hermann Schmidt in Breslau 5 Markt, Wochen-Abonnement 50 Pf., außerhals pro Quartal incl. Post 1 Mark 50 Pf. — Inserationsgebühren für den Raum einer sechsstelligen Zeitungs-Zeile 20 Pf., Reclame 60 Pf.

Expedition: Herrenstraße Nr. 20. Außerdem übernehmen alle Post-Anstalten Befellungen auf die Zeitung, welche Sonntag und Montag einmal, an den übrigen Tagen zweimal erscheint.

Nr. 73. Freitag-Ausgabe.

Achtundfünfzigster Jahrgang. — Verlag von Eduard Trewendt.

Dinstag, den 13. Februar 1877.

Bekanntmachung.

Mit Bezugnahme auf die in Nr. 5 des Reichs-Gesetzblattes veröffentlichte Kaiserliche Verordnung vom 5. d. Mts., durch welche der Reichstag berufen ist, am 22. Februar d. J. in Berlin zusammenzutreten, wird hierdurch bekannt gemacht, daß die Benachrichtigung über den Ort und die Zeit der Eröffnungs-Sitzung in dem Bureau des Reichstages, Leipzigerstraße Nr. 4, am 21. Februar in den Stunden von 9 Uhr Morgens bis 8 Uhr Abends und am 22. Februar, Vormittags von 8 Uhr ab, offen liegen wird.

In diesem Bureau werden auch die Legitimationskarten für die Eröffnungs-Sitzung ausgegeben und alle sonst erforderlichen Mittheilungen in Bezug auf dieselbe gemacht werden.

Breslau, den 12. Februar 1877.

Der Reichskanzler.

In Vertretung: Hofmann.

Deutschland.

O. C. Landtags-Verhandlungen.

18. Sitzung des Abgeordnetenhauses (vom 12. Februar).

11 Uhr. Am Ministeriellen Camphausen, Achenbach, Geh. Räte Köpfer, Bredel, Frölich u. A.

Erster Gegenstand der Tages-Ordnung ist die Wahl des Präsidenten und der beiden Vice-Präsidenten für die Dauer der Session.

Auf den von allen Parteien unterstützten Antrag des Abg. Windthorst (Meppen) beschließt das Haus einstimmig per Acclamation die Wiederwahl des bisherigen Präsidenten.

Präsident v. Bennigsen: Meine Herren! Ich spreche Ihnen für mich und zugleich für die beiden Vicepräsidenten unseren wärmsten Dank aus für das Vertrauen, das Sie uns durch die Wiederwahl erwiesen haben.

Wir nehmen bereitwillig die Wahl an in dem festen Vertrauen, daß unser eifriges Bemühen, die Geschäfte des Hauses zu fördern und die Ordnung in den Verhandlungen desselben aufrecht zu erhalten, bei allen Parteien des Hauses stets die festeste Unterstützung finden werde.

Es folgt die erste und zweite Beratung des Gesetzentwurfs, betr. die Aufhebung des Lehnverbandes im Geltungsbezirk des ostpreussischen Provinzialrechts.

Abg. Schmidt (Stettin): Das Haus beschäftigt sich zum 5. Male mit der Aufhebung eines Lehnverbandes, der Aufhebung des ostpreussischen Lehnverbandes, nachdem bereits die pommerschen, brandenburgischen, westfälischen und schlesischen Lehen aufgehoben sind. Zu bedauern ist, daß die Frage der sächsischen Lehen wegen der kurzen Dauer der Session nicht mehr in beiden Häusern erledigt werden wird. Eine Ueberstärkung hat in dieser Rechtsmaterie nicht stattgefunden, denn vor 25 Jahren schon wurde die Aufhebung der Lehnverbände gefordert. Der vorliegende Entwurf unterscheidet sich dadurch von den früheren, daß er die Entscheidungssache für die Agnaten ausgeschlossen hat, weil ein Nachlass dafür nicht aufgefunden werden konnte. Redner beantragte, die Vorlage im Plenum weiter zu beraten.

Ohne Debatte genehmigt das Haus in erster und zweiter Beratung den Entwurf eines Gesetzes, betreffend eine Abänderung des für das vor-malige Königreich Hannover zur Anwendung kommenden Gesetzes über Gemeindegewerke und Landstraßen vom 28. Juli 1851.

Es folgt die erste Beratung des Gesetzentwurfs, betreffend die Revision — beziehentlich Abänderung — des Reglements der öffentlichen Feuer-Societäten.

Abg. v. Meyer (Arnswalde) beantragte, die Vorlage an die Gemeinde-commission zu überweisen, da es sich hier um eine sehr wichtige Angelegenheit für das öffentliche Interesse handle, bei welcher die beteiligten Feuer-societäten selbst bisher noch nicht gehört worden.

Abg. Köderath schließt sich dem Antrage an. Er sei mit der Aufhebung der Beschränkung, welche bisher für Privat-Feuerversicherungen durch bestand, daß die öffentlichen Feuer-societäten polizeiliche Befugnisse haben, vollständig einverstanden, doch wisse er sich darüber beschweren, daß die Revision durch königliche Verordnung geschieden solle; es werde damit die Theorie vom beschränkten Unterthanenverstand auf ein Gebiet übertragen, auf welchem sich die Regierung bis lang noch nicht mit großem Ruhm bedeckt hätte.

Abg. Jacobi: Ich möchte die Debatte auf den Punkt zurückführen, von welchem die Vorlage ausgegangen ist. Das Abgeordnetenhaus hat vor zwei Jahren den Beschluß gefaßt, darauf hinzuwirken, daß die öffentlichen Feuer-societäten denjenigen eigenthümlichen obrigkeitlichen Rechte entleitet werden, welche sie bisher gegen Privatgesellschaften und gegen Personen, die außerhalb ihres Verbandes stehen, inne hatten. Die Staatsregierung ist diesem Beschlusse beigetreten und hat ähnliche Wünsche auch vielfach aus dem Schoße der öffentlichen Feuer-societäten gehört. Auch das Herrenhaus hat sich unseren Beschlüssen angeschlossen. Nun ist es doch eigenthümlich, wenn wir den früheren Beschluß dadurch in Frage stellen, daß wir die Vorlage in die Gemeindecommission verweisen und so wenigstens für dieses Jahr begraben. Es handelt sich um die Befreiung einer Unnatur, von Privilegien der öffentlichen Societäten gegen ihre Concurrenten, die Privatgesellschaften, welche privilegia onerosa oder wenigstens odiosa die öffentlichen Feuer-societäten in ihrem eigenen wohlverstandenen Interesse beseitigen sollten. Gebehen nicht namentlich in der Rheinprovinz und Westfalen die öffentlichen Feuer-societäten ohne solche Privilegien und hat man Veranlassung, dieselben, wo sie bestehen, aufrecht zu erhalten? Ich glaube, daß wir keine Veranlassung haben, die Sache nochmals an eine Commission zu verweisen. Auch ich bin der Meinung, daß man nach Befreiung von allen Schranken den öffentlichen Feuer-societäten eine zweckmäßigere Regelung ihrer Angelegenheiten überlassen soll, in die wir uns nicht einzumischen haben. Ich habe nicht die mindeste Abneigung gegen die öffentlichen Feuer-societäten, sondern ich will sie nur auf den gleichen freihändlerischen Standpunkt stellen wie ihre Colleginnen in den westlichen Provinzen. Das Bestehende ist nicht zu halten, denn es ist ein tiefer innerer Widerspruch, daß ein Concurrent den anderen beaufichtigt, daß er in Grenzen hineingreift, die gar nicht innerhalb seines Rechtsgebietes liegen. Die Regierung schlägt uns vor, sie wolle im Laufe zweier Jahre unter Anhörung der Beteiligten die Angelegenheit regeln. Deshalb bitte ich die Vorlage nicht an eine Commission zu verweisen, sondern an dem einmal gefaßten Beschlusse festzuhalten und denselben erforderlichenfalls durch Anträge zu verbessern.

Geh. Reg.-Rath Jorch hebt dem Abg. v. Meyer gegenüber hervor, daß die Feuer-societäten allerdings vorher gehört worden seien. Was den Vorwurf des Abg. Köderath anlangt, so habe das Haus selbst den Wunsch ausgesprochen, daß die Abänderung auf dem Wege der Verordnung vor sich gehe, da es sonst wohl kaum möglich sein werde, innerhalb zweier Jahre die Statuten von ca. 50 Feuer-societäten durch Gesetz abzuändern.

Abg. Windthorst (Vielefeld) tritt den Ausführungen des Abg. Jacobi bei; da sich jedoch noch einzelne Bedenken im Hause geltend machten, so beantragte er, zur Befreiung derselben die zweite Lesung von der Tagesordnung abzusetzen.

Abg. Dr. Wahr (Rassel) befragt sich über die unklare Fassung der Ueberschrift des Gesetzentwurfs, während doch hierbei die größte Präcision nöthig wäre.

Abg. v. Rauchhaupt: Die öffentlichen Feuer-societäten haben nur auf dem gleichen Boden der Concurrenz den Kampf zu führen, und ich glaube auch nicht, daß über die Nothwendigkeit der Abänderung der alten Reglements Zweifel herrschen werden. Die Hauptchwierigkeit scheint mir darin zu liegen, wie das Gesetz mit der Provinzialordnung in Einklang zu bringen ist, da ja die Feuerversicherungsangelegenheiten seiner Zeit den Selbstverwaltungsorganen übertragen worden sind.

Zu dem Gesetzentwurf, betreffend die Umgestaltung der für den Land-

drostebezirk Osnabrück bestehenden Gebäude-Brandversicherungs-Anstalten, bemerkt

Abg. Windthorst (Meppen): Ich möchte Ihnen empfehlen, diese Vorlage ohne weitere Commissions-Prüfung anzunehmen. Der Osnabrücker Bezirksrat hat sein Gutachten abgegeben und sind seine Wünsche berücksichtigt worden; der Provinzial-Landtag von Hannover hat sich ebenfalls einverstanden erklärt und der Gesetzentwurf scheint mir auch völlig seinem Zweck zu entsprechen.

Abg. Köpfer (Neubaus) begrüßt den Gesetzentwurf mit Freuden und schließt sich dem Wunsche des Vorredners an.

Abg. Miguel erklärt, daß er die Vorlage nicht mit Freuden begrüßen könne, weil er der Ueberzeugung sei, daß die Osnabrücker Brandkasse, der die ganze Landdrostei bisher zwangsweise unterworfen gewesen, äußerst theilhaftig und nützlich gewirkt und weit billiger versichert habe, als die Privatgesellschaften thun könnten. Doch da nun einmal die Regierung mit dem Grundsatze vorgehe, jeden Zwang in Bezug auf die Feuer-Societäten überhaupt aufzuheben, so könne er sich nicht gegen die Vorlage erklären.

Der Gesetzentwurf wird unbedeutend angenommen.

Der nächste Gegenstand der Tagesordnung ist die erste Beratung des Gesetzentwurfs, betreffend die Uebernahme der Zinsgarantie des Staates für eine Prioritätsanleihe der Berlin-Dresdener Eisenbahn-Gesellschaft bis auf Höhe von 22,940,000 Mark.

Abg. Köderath: Ich bitte, den Gesetzentwurf nicht an eine Commission zu verweisen, sondern ihn einfach in der zweiten Lesung im Plenum zu verwerfen. Ich siehe noch auf demselben Standpunkt, welchen ich im Vorjahre eingenommen habe: wir dürfen nicht das Geld der Steuerzahler dazu verwenden, um Grünsünden zu bedecken. Wenn dies schon im vorigen Jahre von uns ausgesprochen wurde, so haben wir in diesem Jahre hierzu noch mehr Veranlassung. Außerdem bin ich auch nicht mit der Art und Weise einverstanden, in welcher die Verträge mit den Eisenbahnen abgeschlossen werden. Wenn die Regierung von vornherein der Meinung ist, daß die Bahn in die Hände des Staates übergehen wird, so hat sie sofort mit dem Kauf vorzugehen, aber nicht derartige Transaktionen vorzunehmen, wie sie uns jetzt zur Billigung vorgelegt sind; denn dadurch, daß der Staat die Zinsgarantie übernimmt, erhöht ja derselbe nur den Werth und den Kaufpreis, welchen er später für die Bahn zahlen muß. Weiterhin ist auch schon im vergangenen Jahre auf die großen Summen hingewiesen worden, welche der Vorliegende, das technische und das administrative Mitglied der Direction als Abnützung erhalten sollen, nämlich resp. 280,000 M., 240,000 Mark und 120,000 Mark. Ich kann mich nicht dazu verstehen, auf Kosten der Steuerzahler derartige Summen zu bewilligen.

Abg. Graf Limburg-Sturum: Im vorigen Jahre war ich für Verweisung der Vorlage an die Budgetcommission, weil ich über verschiedene Punkte noch im Zweifel war; aber heute bin ich entschieden der Meinung, daß wir alle Veranlassung haben, von dem Standpunkt der preussischen Eisenbahnpolitik uns sofort für die Vorlage zu erklären. Es liegt dem Project die Idee zu Grunde, daß wir nicht mehr den Privatgesellschaften die Macht gestatten wollen, nach Belieben und mit einer geringen und sehr unzureichenden Controle von Seiten des Staates die Tarife aufzustellen. Ich habe die Auffassung, daß die Regelung dieser Angelegenheit nur durch die Regierung, unter Controle der Landesvertretung, zu geschehen hat, und wenn wir von dieser Anschauung ausgehen, müssen wir für den Staat jede Bahn erwerben, welche einen Einfluß auf die Privatbahnen giebt. Auch die Befürchtung habe ich nicht, daß dadurch den Mittelstaaten eine unfreiwilliche Concurrenz entstehen könnte; ich gebe mich vielmehr der Hoffnung hin, daß wir dahin kommen werden, im Vereine mit denselben ein günstiges Uebereinkommen über die Tarifgrundsätze und die Verwaltung der Bahnen zu erzielen und dadurch einen befriedigenden Zustand zu erreichen. Was die Entscheidung der Eisenbahndirectoren anbelangt, so können wir uns, wo es sich um die Durchführung so wichtiger Grundsätze und um so große Principien des Eisenbahnwesens handelt, wirklich nicht um solche Kleinigkeiten kümmern. (Unruhe.) Ueberdies sind jene Herren in der Lage, auf Grund ihrer Contracte ihre Forderungen, mag man dieselben für noch so übertrieben halten, unter allen Umständen durchzusetzen. Ich beantrage die Ueberweisung der Vorlage an die Budgetcommission mit dem Wunsche, daß der Entwurf bald wieder an das Haus zurückgelangen möge.

Abg. Berger (Bitten): Ich beantrage, die Vorlage an die Budget-Commission zu verweisen. Die Sache ist im vorigen Jahre nicht erledigt worden, weil sie erst kurz vor dem Schluß der Session eingebracht worden war; diesmal ist der Schluß auch bald zu erwarten, wenn also die Vorlage wieder nicht zu Stande kommt, so hat die Regierung sich diesen Mißerfolg selbst zuzuschreiben. Es ist kaum Zeit, das Gesetz in der Commission gründlich zu prüfen, noch viel weniger es in zweiter und dritter Lesung durchzu-berathen und durch das andere Haus zu bringen. Die Finanzverhältnisse der Dresdener Bahn sind sehr bedenklich; 1874 ist ein Capital von 31½ Millionen Mark, zur Hälfte in Stamm-Aktien, zur Hälfte in Stamm-Prioritäten aufgenommen, davon hat die Gesellschaft aber nur 24 Millionen Mark bekommen, also 25 vSt. Dammus gezahlt. Noch 1874 wurde eine Schuld contractirt bei der Bank für Handel und Industrie von 9,000,000 Mark unter höchst ungünstigen Bedingungen, im Jahre 1875 wurde die Concession zu einer Prioritäts-Anleihe von 13,500,000 Mark und 1876 zu einer Prioritäts-Anleihe von 18,000,000 Mark nachgeschickt. Die finanzielle Lage ist also eine sehr unangenehme. Wenn nun auch dadurch, daß an Stelle des lebensfähigen Gehalts der Directoren von jährlich 75,600 Mark eine Capitalbindung von 640,000 Mark getreten, ein Bedenken, das im vorigen Jahre von wesentlichem Einfluß war, einigermaßen abgeschwächt ist, so ist die Zahl der Einwürfe, die sich vom finanziellen Standpunkte erheben lassen, doch noch immer sehr groß. So liegt die Vermuthung nahe, daß die Rentabilität der Dresdener Bahn nur künstlich gesteigert worden ist, indem die königlichen Bahnen alle ihre nach Westen zu befördernden Güter statt nach der Anhalter nach der Dresdener Bahn dirigiren. Eine Parallele zwischen der für die Halle-Sorau-Büdenauer Bahn gewährten Zinsgarantie mit der in der Vorlage geforderten ist in keiner Weise zutreffend. Wenn man die Besorgnis hegt, ohne das Einschreiten des Staates müsse die Bahn in Concurs gerathen und dadurch das öffentliche Interesse schädigen, so darf man andererseits nicht vergessen, daß die Gläubiger selbst ein erhebliches Interesse daran haben, den Betrieb der Bahn zu übernehmen und dessen Unterbrechung zu verhindern.

Man macht für die Vorlage ferner geltend, daß es wünschenswerth sei, die Inhaber der Effecten der Berlin-Dresdener Bahn, die jene Papiere bona fide erworben hätten, möglichst gegen eine vermeintliche Schädigung zu schützen. Nun ist aber mit Sicherheit vorauszusetzen, daß die Uebernahme der Zinsgarantie ausschließlich den Prioritäts-Stammactien, welche sich fast sämmtlich noch in den Händen der Unternehmer der Bahn befinden, zu Gute kommen würde, und diese zu unterstützen hat, wie ich glaube, der Staat gar keine Veranlassung. Die Grenze, bis zu welcher der Einfluß des Staates auf das Eisenbahnwesen ausgedehnt werden darf, ist erreicht, wenn man nicht ein Monopol des Staates will. Die Einwirkung des Staates auf das Tarifwesen ist hinreichend geübt, und er hat von derselben Gebrauch gemacht. Auch das Verhältnis zur sächsischen Regierung spricht gegen die Annahme der Vorlage. Die preussische Regierung hat sich an die sächsischen mit der Anfrage gewendet, ob die letztere den Vertrag mit der Dresdener Bahn genehmigen wolle; darauf fragte die sächsische Regierung an, ob ihr der Anlauf des in Sachsen belegenen Stückes der Bahn gestattet würde. Diese Frage wurde von preussischer Seite ablehnend beantwortet und ein festes definitives Abkommen ist in dieser Sache noch nicht getroffen. Ich halte deshalb die Einbringung der Vorlage für verfrüht, denn vor dem definitiven Abschluß der Verhandlungen mit Sachsen ist die Sache nicht spruchreif. Die Besorgnis, daß, wenn der preussische Staat die Bahn nicht in seinen Besitz bringe, dieselbe in die Hände der sächsischen Regierung übergeben werde, ist für mich unverständlich. Sachsen ist unser guter Nachbar und Bundesgenosse; das Verhalten der preussischen Regierung also gar nicht gerechtfertigt. Redner beantragte, die Vorlage der Budgetcommission zu überweisen, er aber würde als Mitglied derselben entschieden gegen die Vorlage sprechen.

Handelsminister Dr. Achenbach: Wenn alle Mitglieder des Hauses so

objectiv die Sache beurtheilen, wie der Vorredner, so würde die Annahme der Vorlage die notwendige Folge sein. Daß die Vorlage dem Hause so spät zugegangen ist, liegt darin, daß einmal die Verhandlungen mit der sächsischen Regierung schwebten und daß man ferner den Abschluß der Verhandlungen des Vorjahres einigermaßen kennen lernen wollte. Die Einbringung der Vorlage in der vorigen Session hat doch den Vortheil gehabt, daß die öffentliche Meinung sich in allen Kreisen damit beschäftigt hat. Den allgemeinen Standpunkt der Regierung habe ich im vorigen Jahre gekennzeichnet und kann mich darauf berufen. Der Vorredner sagte, man habe seitens der Regierung eine künstliche Steigerung der Einnahmen der Dresdener Bahn versucht. Ich kann das nicht als richtig anerkennen, denn ich selbst bin Gegenstand der heftigsten Angriffe gewesen, weil ich ein von der Direction der Dresdener Bahn proponirtes Tarif-System reprobiert habe und gegen die Directoren mit Creditbittens vorging; es wurde mir vorgeworfen, daß ich die finanziellen Interessen der Bahn geschädigt hätte. Das Haus wird sich wohl überzeugen, daß es sich um eine Angelegenheit handelt, wo finanzielle Nachteile dem Staate nicht erwachsen; es wird nicht auf Kosten der Steuerzahler gewirksam, sondern es soll nur ein nützliches Unternehmen in die Hände des Staates gebracht werden. Die finanzielle Lage des Unternehmens ist auch keine verärgliche, daß den Prioritätsinhabern ein erheblicher Gewinn zufließen könnte. Es bleibt also nur der Vorwurf bestehen, daß der Staatsverlust im Eisenbahnwesen zu weit ausgedehnt werden könnte. Der Vorredner ist als Gegner des Reichseisenbahnprojectes aufgetreten, seine Meinung repräsentirt also nicht die Auffassung der Majorität des Hauses. Wenn das Haus consequent bleiben will, so kann es sich dem Abg. Berger nicht anschließen. Der Einfluß des Staates auf das Eisenbahnwesen ist im Osten allerdings ein sehr erheblicher, aber auf dem jetzt in Rede stehenden Terrain besteht ein solcher Einfluß nicht.

Das Königreich Sachsen hat in dieser Beziehung bereits zwei Concurrenz-routen, die eine via Rödern für die Anhalter, die andere via Rammen für die Görlitzer Bahn; würde ihr noch die Erwerbung des in Sachsen belegenen Stückes der Dresdener Bahn gestattet, so würde das ganze dortige Eisenbahn-System von Sachsen regiert werden. Die Regierung glaubt nicht, daß sie sich der sächsischen Regierung gegenüber unfreundlich gezeigt habe; sie hat nur geglaubt, die Interessen des öffentlichen Verkehrs wahren und ihre Rechte, die ihr im Vertrage vom 6. Juli 1872 zugesichert sind, schützen zu müssen. Nach diesem Vertrage soll das Unternehmen ein einheitliches bleiben. Bei der allgemeinen Tendenz, welche die Regierung beim Reichseisenbahnproject ausgesprochen hat, konnte sie aber auch gar nicht darauf verzichten, die Leitung der Dresdener Bahn in ihre Hand zu bringen. Die Sache enthält also auch eine große principielle Frage und es ist die Ansicht der Regierung, daß diejenigen, welche in der vergangenen Session die Politik der Regierung beim Reichseisenbahnproject unterstützt haben, auch in dieser Frage die Staatsregierung nicht verlassen dürfen; das würde heißen, die Grundsätze aufgeben, die nun zum ersten Male in erheblicher Tragweite in Anwendung gebracht werden sollen. Wenn mit der sächsischen Regierung eine Verständigung nicht zu erzielen sein sollte, so wird die Entscheidung des Reiches anzurufen sein. An das Haus richte ich die Bitte: Folgen Sie dem Beschlusse, den Sie in der vorigen Session gefaßt haben, damit die Ziele erreicht werden, die damals als erstrebenswerth aufgestellt wurden. (Beifall.)

Abg. Windthorst (Meppen): Ich erkläre mich mit den Ausführungen des Abg. Berger durchaus einverstanden. Alle Vorlagen dieser Art, die uns gemacht werden, sind ebenso, wie der gegenwärtige Entwurf, nichts anderes, als ein verkleidetes Hinschieben nach der einen Richtung des Reichseisenbahnprojectes. (Auf: Das soll es auch!) Dann müssen wir die Vorlage mit um so größerer Vorsicht aufnehmen. Ich bestreite dem Minister entschieden die Berechtigung, aus dem Votum des Abgeordnetenhauses vom vorigen Jahre den Schluß zu ziehen, als habe sich das Haus in irgend welcher Weise zu Gunsten dieses Projectes ausgesprochen. Das Haus hat sich ausdrücklich sein Urtheil und seine Entscheidung über diese Frage selbst vorbehalten und nichts anderes gethan als der Regierung überlassen und gestattet, dem Reiche eine Offerte zu machen. Das Haus hat sich vollkommen freie Hand vorbehalten. Ich kann nicht dringend genug vor der Annahme dieser Vorlage warnen. Wir kommen auf höchst bedenkliche socialistische und socialdemokratische Bahnen, wenn wir die Privatbahnen in die Hände des Staates übertragen; es ist dies aber auch ein höchst gefährlicher politischer Weg, denn wenn der Staat alle Eisenbahnen in seiner Hand hat, dann möchte ich wissen, wer im Ernst noch glauben kann, in einem solchen Staate ein constitutionelles System aufrecht zu erhalten. (Sehr wahr! links.) Es ist doch immer gut, wenn über das letzte Ziel der Regierung uns ein volles Licht angezündet wird, bei mir konnte darüber ein Zweifel nicht mehr obwalten, als heute ein Mitglied der auswärtigen Vertretung ein Herr der Diplomatie, mit so warmen Worten sich dieser Vorlage annahm. (Heiterkeit.) Sodann erinnert sich das Haus wohl noch der Aeußerung des Finanzministers vom vorigen Jahre, wie wünschenswerth es sei, eine Bahn zu haben, die direct in das Herz Sachsens fährt. Ich sollte doch meinen, daß gar nicht einmal mehr die Möglichkeit existirt, daß jemals heute noch die Interessen Sachsens und Preussens getrennte sein können, mehr will ich jetzt hierüber gar nicht sagen. Bundesfreundlich aber war eine solche Aeußerung sicher nicht. Ich bin ein ganz entschiedener Gegner des Reichseisenbahnprojectes, und weil diese Vorlage ein Schritt zur Verwirklichung desselben ist, muß ich dagegen stimmen.

Finanzminister Camphausen: Der Vorredner hat auf eine Aeußerung von mir aus dem vorigen Jahre Bezug genommen; er hat aber geglaubt, meine Aeußerung über die Bedeutung dieser Vorlage auf ein Gebiet verweisen zu dürfen, welches damals gar nicht in Frage stand. Natürlich hat es sich bei meiner Aeußerung nur um die Eisenbahnpolitik gehandelt und ich kann auch heute nur wiederholen, daß vom Eisenbahnpolitischen Standpunkte aus eine solche Bahn, die in das Herz des Königreichs Sachsen, in den Mittelpunkt der gesammten Eisenbahn-Verbindungen führt, von größter Bedeutung ist. Die Position der Regierung in dieser Angelegenheit ist einfach die, daß sie im Interesse des Verkehrs verhalten will, daß eine bisher einseitig geleitete Bahn in eine solche umgewandelt werde, die zwei oder mehrere Herren hat. Die Regierung will einer in Bedrängniß gerathenen Eisenbahngesellschaft dadurch aufhelfen, daß sie an Stelle eines Concessionärs, der nicht mit Glück operirt hat, einen anderen Concessionär setzt, der omni exceptione major ist und der, wenn er die Zustimmung des Landtages zu dieser Vorlage erhält, fortfahren wird, den Geschäftsbetrieb im gemeinsamen Interesse zu führen. Wird die Vorlage in dieser nächsten und objectiven Weise geprüft, so ist es nicht zweifelhaft, daß finanzielle Nachteile mit dem Eingehen der hier vorgeschlagenen Verpfändungen in keiner Weise verbunden sind. Ich wünsche, daß die Vorlage in der Budgetcommission einer strengen Prüfung unterworfen werde und bin überzeugt, daß die Regierung alle Einwendungen, die dort vorgebracht werden, fleißig zurückweisen und daß schließlich das Haus die Vorlage mit einer Majorität, wie sie heute noch kaum erwartet wird, annehmen wird.

Handelsminister Achenbach: Der Abg. Windthorst hat sich heute als einen ganz entschiedenen Gegner des Staatsbahnsystems hingestellt. Ich kann constatiren, daß er nicht immer dieser Meinung gewesen ist. Ich habe hier in meiner Hand eine hannoversche Denkschrift, die zu der Zeit, als der Abg. Windthorst hannoverscher Minister war, ausgearbeitet wurde, um den Ständen nachzuweisen, daß es nützlich sei, die Hamburg-Venloer Bahn, so weit sie das hannoversche Gebiet berührt, auf Staatskosten zu bauen. Ich kann sagen, ich habe selten eine glänzendere und glücklichere Vertheidigung des Staatsbahnsystems gelesen als diese Denkschrift. (Hört! Heiterkeit.) Der Minister verliest hierauf eine Stelle der Denkschrift, die dahin geht, daß, was man auch zu Gunsten der Privatbahnen anführen möge, doch nimmermehr geleugnet werden könne, daß eine Privatbahn, sie möge noch so gewinnhaft geleitet sein, immer in letztem Ziele im Interesse der Gewinnhaft der Interessenten und im Interesse der Börse zu wirken bestrahlt sein würde. Das Interesse der Börse sei aber keineswegs identisch mit dem Interesse des Volkes und des Landes. Dieses könne einzig und allein, frei und rein von allen Einzelinteressen gewahrt werden durch Staatsverwaltung und Staatsbetrieb.

Abg. Lasker: Ich glaube durch die Verweisung der Vorlage an die Budgetcommission gar nicht genöthigt zu sein, schon in erster Lesung zu

sprechen, da meine Anschauungen vom vorigen Jahre über diesen Gegenstand gänzlich unverändert geblieben sind. Es ist aber mit Motiven gekämpft worden, welche man keineswegs zu theilen braucht, um zur Annahme der Vorlage zu kommen, ebensowenig wie man die Motive der Staatsregierung für die Annahme zu billigen braucht. Der Abg. Windthorst hat heute das Staatsbahnsystem sehr heftig angegriffen, es in gewissem Sinne socialistisch genannt. Nun war mir sehr interessant, daß der Abg. Windthorst sich vor einigen Tagen in seinen Reden der Socialdemokraten annahm und versprach, sich dem Studium ihrer Lehre hinzugeben, um die berechtigten Forderungen der Socialdemokraten zu erkennen, und dann als Gesetzgeber dafür einzutreten, daß diese Forderungen erfüllt werden, damit endlich die Uebergänge der Socialdemokratie aus der Welt geschafft werden. Nun handelt es sich hier um eine Forderung, die keineswegs eine bloß socialistische, sondern eine allgemein wirtschaftliche ist, daß nämlich das Eisenbahnwesen lediglich im Interesse der Gesamtheit geregelt werde; und nun glaubt er uns mit dem Wort Socialismus zu schrecken. Wo bleibt da die Beschränkung, die er den Socialdemokraten versprochen? Hier scheint mir eine günstige Gelegenheit für einen Staatsmann zu sein, von den allgemeinen Redensarten zu concreten Dingen zu kommen. Ein Theil des Hauses ist bekanntlich für das gemischte System, ein anderer will das Eisenbahnwesen mit Rücksicht auf das allgemeine Interesse vom Staate verwalten sehen. Die politischen Interessen, welche damit zusammenhängen, schrecken mich und einen großen Theil meiner Freunde nicht, denn bei wirklicher Ausübung constitutioneller Verhältnisse ist die Macht der Regierung dem Lande nicht schädlich. Wir haben uns gleichwohl eine ausdrückliche Prüfung des Reichseisenbahnprojectes im Reichstage vorbehalten, weil die constitutionelle Regelung der Regierungsgewalt in Deutschland dabei in Frage kommt. Wir haben unsere Stimmen hier nur dahin abgegeben, daß wir, so weit Preußen in Betracht komme, bereit seien, dem Reiche die Eisenbahnen zu übergeben; die Prüfung der Mäßigkeit wurde dem Reiche überlassen.

Das Reichseisenbahnproject geht von der Betrachtung aus, daß dieser wichtige Theil des staatlichen Lebens noch nicht einheitlich geregelt ist, sondern noch in der alten kleinläufigen Mannigfaltigkeit existirt. Die Einheit sei auch deshalb wünschenswerth, führt der Reichstagskanzler aus, weil sonst die Staaten durch den Conflict der Interessen aneinander gerathen würden, wenn nicht ein höherer Dritter, das Reich, entscheidend dazwischen trete. Hier ist ein Beispiel: Die sächsischen und preussischen Interessen gehen auseinander. Und wer muß die Bege bezahlen? das Publikum, welches daran erinnert wird, daß es keine deutschen Eisenbahnen giebt. Das Reich muß diese Angelegenheit regeln, ob auf dem Wege eines Reichseisenbahngesetzes oder eines Reichseisenbahnsystems, können wir vorläufig unentschieden lassen. Die preussische Regierung hat nicht den Vorwurf verdient, daß ein bundesfeindlicher animus zum Vorschein kommt, wenn sie jetzt an einem Beispiel die Nothwendigkeit ihrer Politik nachweist. Ich werde mich aber nicht in meinem Votum über den gegenwärtigen Entwurf dadurch bestimmen lassen, daß man mir die Formel vorhält, im Interesse des Reichseisenbahnsystems müsse ich der Vorlage zustimmen. Ich habe schon im vorigen Jahre hervorgehoben, es sei ein klarer, vollkommen sichtbarer Plan nothwendig, wenn mit Nutzen der Weg der Regierung unterstützt werden sollte. Ich bin jetzt gar nicht in der Lage, zu beurtheilen, wodurch das Verhältnis zwischen der preussischen und sächsischen Regierung verändert wird, wenn diese Vorlage Annahme findet. Wir sind nicht in der Lage, den Staatsvertrag zu ändern, die sächsische Regierung kann sich des Betriebes nicht bemächtigen, weil unsere Vertragsrechte bestehen, und mit unserem Eigenthumsrecht sind wir nicht in der Lage nach Dresden zu kommen, wenn die sächsische Regierung das nicht zugeht, so daß mir eigentlich unverständlich ist, wenn man sagt, daß wir durch diesen Betriebsüberlassungsvertrag in unseren Staatsverträgen irgendwelche Veränderungen gegenübersehen. Wir behalten die Aufsicht über die ganze Bahn, auch wenn wir den Vertrag nicht abschließen, und kommen andererseits mit unserem Eigenthumsrecht durchaus nicht weiter. Solche unklare Verhältnisse passen mir nicht.

Man hat mir gesagt, eine vollständige Eigentumsübertragung könne deshalb noch nicht begründet werden, weil man in den ersten Zeiten nicht übersehen könne, wieviel Werth eine Bahn habe. Dazu braucht man doch nicht 15 Jahre, um eine Betriebsverbesserung und Werthsteigerung dieser Bahn herbeizuführen, damit wir nachträglich gezwungen werden, ein viel größeres Capital zu zahlen, als die Bahn heute werth ist. Das mag für die Gesellschaft ganz vortheilhaft und ein richtiges System für milde Humanität sein, aber im Interesse des Staates ist es nicht. Ich kann nur, wie im vorigen Jahre, empfehlen, diese wichtige Frage nicht von der Schwelle abzuweisen, sondern einer gründlichen Vorprüfung zu unterziehen, weil das Vertheilungssystem ein Recht darauf hat, daß nicht der Staat aus Leidenschaft gegen ein Institut handle, aber auch nicht aus allgemeinen Principien und Theorien sich bewegen lasse, ohne Prüfung jede ihm vorgelegte Bahn zu acquiriren und uns auf einen Weg zu drängen, von dem wir noch nicht wissen, ob er in der That uns zu unserem letzten Endziel führt. Ich schließe mich also dem Antrage, die Vorlage der Budgetcommission zu überweisen, an.

Abg. Windthorst (Meppen): Ich bin in meiner neulichen Rede für die berechtigten Forderungen der Socialdemokratie eingetreten. Zu diesen berechtigten Forderungen rechne ich aber nicht, daß die gesammte wirtschaftliche Thätigkeit in die Hände des Staates gelegt wird, und deshalb stimme ich gegen diese Vorlage. Gegenüber den Ausführungen des Handelsministers bemerke ich: zunächst würde ich ja, wenn ich heute anderer Meinung wäre als früher, nur dem Beispiele eines großen Staatsmannes folgen; denn ich lerne auch alle Tage, wenn ich nicht so viel wie dieser hohe Herr. (Heiterkeit.) Aber der Minister ist doch mit seinem Citat im Irrthum. Ich habe als hannoverscher Justizminister mit dem Eisenbahnwesen so gut wie nichts zu thun gehabt; ich war Justizminister und nicht Eisenbahnminister. Sobald ich auf die hannoverschen Verhältnisse irgend welchen Einfluß haben können, bin ich stets dafür eingetreten, daß man in Hannover, wo bis dahin ausschließlich das Staatsbahnsystem in Geltung war, auch Privatbahnen zu bauen gestatte. Ich habe gerade als Minister in Hannover gesehen, was die Regierung, wenn sie die Eisenbahnen des Landes in ihrem Besitz hat, an Einwirkung bei politischen Wahlen vermag (Rufe: Aha!), und gerade, weil ich diese Erfahrung gemacht habe, will ich heute das Haus dringend davor warnen, die Bahnen in die Hände des Staates zu geben. (Heiterkeit.)

Handelsminister Achenbach: Ich kann als Minister nur die umgekehrte Erfahrung constatiren; der Handelsminister hat in politischer Beziehung bei Wahlen u. nicht den allermindesten Einfluß (Widerspruch im Centrum). Ich möchte den Leuten, der mir nachweisen kann, daß ich bei Wahlen irgend einen Druck auf die Beamten ausgeübt hätte; ich würde, wenn ich solche Einwirkung versuchen wollte, gewiß dem allerentschiedensten Widerstande begegnen. (Heiterkeit und Widerspruch.) Abg. Windthorst (Meppen) unglücklich! Wenn der Abg. Windthorst dies für unglaublich hält, so ist das für mich nur ein Beweis, daß die preussischen Beamten viel selbstständiger in dieser Beziehung sind als die hannoverschen.

Abg. Windthorst (Meppen): Ich kann dem Minister nur eine Instruction aus seinem Reppert entgegenhalten, in welcher den Beamten sogar vorgeschrieben wird, welche Zeitungen sie lesen sollen; wenn das keine politische Einwirkung ist, so kenne ich keine.

Abg. Graf Limburg-Sturum verwahrt sich persönlich dagegen, daß er, wie der Abg. Windthorst angebetet, als Diplomat hier den Intentionen der Staatsregierung Ausdruck gegeben habe.

Das Haus beschließt hierauf, die Vorlage der Budgetcommission zu überweisen.

Es folgt der mündliche Bericht der Geschäftsordnungs-Commission über den Antrag des Abg. v. Heereman auf Aenderung der Geschäftsordnung bezüglich der Wahlprüfungen.

Es handelt sich bei diesem Antrage um die Einführung des im Reichstages gültigen Verfahrens, wonach alle diejenigen Wahlen, deren Gültigkeit in den Abtheilungen für zweifelhaft erklärt wird, oder die in der Abtheilung für ungültig erklärt werden, an eine besondere Wahlprüfungscommission von 14 Mitgliedern verwiesen werden sollen. Die Commission beschloß mit unmissverständlichen Modificationen die Annahme des Antrages Heereman.

Abg. Lutteroth beantragt außerdem, daß der zu wählenden Wahlprüfungs-Commission auch sämtliche bisher noch nicht zur Entscheidung durch das Abgeordnetenhaus gelangte bestrittene Wahlen, also auch diejenigen, über welche von den Abtheilungen bereits schriftlicher Bericht vorliegt, zur Berichterstattung zu überweisen sind. Nach kurzer Debatte wird der Antrag Heereman in der Fassung der Commissionvorschlüsse mit dem Antrag Lutteroth vom Hause angenommen.

Das Haus beschließt demnach die Verathung des Staatshaushaltsetats fort und zwar zunächst mit einigen an die Budget-Commission verwiesenen Positionen des Etats des landwirtschaftlichen Ministeriums.

Cap. 107, Tit. 17 der dauernden Ausgaben wirkt an „Beihilfen zur Errichtung und Unterhaltung von landwirtschaftlichen Mittelschulen“ 220,000 Mark aus.

Abg. v. d. Goltz beantragt diese Summe um 15,000 Mark (behuft Errichtung einer Anstalt in Schivelbein) zu erhöhen.

Die Budget-Commission empfiehlt: Den Antrag des Abg. v. d.

Goltz abzulehnen; dagegen der Regierung zur Erwägung zu geben, ob nicht die neu zu errichtende landwirtschaftliche Mittelschule anstatt in Eldena in Schivelbein eingerichtet werden solle, oder ob ein Zuschuß für die Errichtung einer zweiten Mittelschule in Pommern für das nächste Jahr ins Auge zu fassen sei.

Abg. Haken beantragt, die Staatsregierung aufzufordern, im nächsten Staatshaushaltsetat die Summe von 15,000 Mark zur Errichtung und Unterhaltung einer landwirtschaftlichen Mittelschule zu Schivelbein einzustellen.

Referent Abg. Köstler: Der Provinzial-Landtag von Pommern hat die Ansicht ausgesprochen, daß es nothwendig sei, noch eine zweite Mittelschule zu errichten und bereitwillig Mittel zur Verfügung gestellt, verlangt jedoch vom Minister eine Subvention von 15,000 Mark. Die Commission ist dem Antrage mit dem größten Wohlwollen entgegengetreten, aber sie hat sich nicht dem Antrage des Abg. v. d. Goltz anschließen können nach dem Grundsatze der Budgetcommission, keine Erhöhung der Ausgaben einzustellen, wenn die Regierung sich selbst damit nicht einverstanden erklärt. Sie hat jedoch, um dem Mangel abzuhelfen, dem Minister anheimgegeben, ob er nicht die Schule nach Schivelbein verlegen will.

Minister Friedenthal: Ich bedauere, diesem Theil des Antrags nicht Folge geben zu können, da die Errichtung von Eldena bereits in naher Aussicht steht. Ich habe diese schnelle Ausführung auf den ausdrücklichen Wunsch des Abgeordnetenhauses eintreten lassen. Es sind bereits 35 Schüler angemeldet worden und es ist noch eine Erhöhung dieser Zahl zu erwarten. Was die Errichtung einer zweiten Schule anlangt, so habe ich mich hierfür stets ausgesprochen; ich habe auch Schivelbein als geeignet anerkannt und habe zugefugt, daß ich nach Möglichkeit die Subventionsmittel herbeischaffen würde.

Abg. Febr. v. d. Goltz: Mit meinem Antrag gebe ich dem Bedürfnis der Provinz Pommern und dem Wunsch des Provinziallandtags Ausdruck. Als die Akademie in Eldena aufgehoben wurde, nahm man die Errichtung einer landwirtschaftlichen Schule an diesem Plage in Aussicht. Nun ist aber die Ueberzeugung geltend gemacht worden, daß dieser Ort an und für sich schon für Vorpommern nicht günstig gelegen ist; in viel höherem Maße ist dies aber für Hinterpommern der Fall. Deshalb entstand der berechtigete Wunsch nach der Errichtung einer zweiten Schule, und zwar versiel man auf Schivelbein, weil es in der Mitte von Hinterpommern liegt und allen Anforderungen entspricht. Durch die Aufhebung der Akademie zu Eldena hat der Staat 39,600 M. gespart, und wenn er für die dortige Schule eine Subvention von 15,000 M. rechnet, und eine eben so hohe für die für Schivelbein erhoffte Schule, so profitirt er immer noch 9600 M. Ich kann Sie deshalb nur bitten, primo loco meinen Antrag anzunehmen, oder wenn Sie Ihrer Commission etwas entgegenkommen wollen, den des Abg. Haken.

Abg. Haken: Der Provinziallandtag hat seine Beihilfe zur Unterhaltung der Schule zu Eldena nur unter der Bedingung gewährt, daß eine zweite Mittelschule errichtet würde. Er ist so höflich gewesen, jene Bedingung in Form einer Bitte an den Minister auszusprechen und in Folge dessen ist eine Vertheilung des Verhältnisses eingetreten, daß es nöthig wurde, einen besonderen Antrag zu stellen.

Abg. Köhler (Göttingen): Wir können die Sache im einzelnen nicht so beurtheilen, wie es zur Entscheidung einer solchen Frage nöthig ist. Ich denke, wir müssen zur Regierung das Vertrauen haben, daß sie den Bedürfnissen genügen werde, und ich werde daher gegen den zweiten Theil des Commissionsantrages stimmen.

Abg. v. Benda: Durch die Erwägung, welche die Commission der Regierung anempfeht, verpflichtet sie diese absolut nicht; dagegen zwingt der Antrag Haken zu einem bestimmten Engagement, und ich bitte, ihn deshalb abzulehnen.

Abg. Haken: Auch der Commissionsantrag enthält eine Verpflichtung, wenn auch nur eine moralische.

Der Antrag der Commission wird unter Streichung der Worte: „ob nicht die neu zu errichtende“ bis „eingesetzt werden solle — oder“ angenommen.

Cap. 108 der dauernden Ausgaben Titel 12 (zur Remuneration von Veterinär-Beamten für Wahrnehmung der veterinärpolizeilichen Grenz-Controle 26,700 M.) war der Budget-Commission überwiesen worden mit folgendem Antrage des Abg. Donalies: „Angeichts der neuesten Erfahrungen in Betreff des Ausbruchs der Rinderpest und in Anerkennung der Gefahren, denen die an Rußland grenzenden Kreise und somit auch die Binnenteile unseres Staates fortwährend durch Uebertragung von Thierkrankheiten, die in Rußland heimisch sind, ausgesetzt sind, erkläre das Haus:

I. Die Bestrebungen des Herrn Ministers der landwirtschaftlichen Angelegenheiten, die veterinärpolizeiliche Ueberwachung der Grenzkreise besser zu organisiren, sind vollständig gerechtfertigt.

II. Die Vorschläge des qu. Ministers, die derselbe der technischen Deputation für das Veterinärwesen zur Begutachtung vorgelegt und wie folgt gefaßt sind: „Eine Lösung würde vielleicht darin zu finden sein, daß man 1) zwar die Kreisveterinärstellen in den betreffenden Grenzkreisen mit Privatpraxis versehen ließe, aber gleichzeitig 2) die directe Einnahme der Grenzthierärzte ohne Privatpraxis höher stelte und ihnen gleichzeitig für einen gewissen Bezirk des Hinterlandes (einige Kreise) die Functionen von Oberveterinär in der Stellung der Bezirksveterinäre zuwies, um sie in praktischer Thätigkeit zu erhalten, und ihnen eine Einwirkung auf die Verhältnisse, beziehungsweise die sich hieraus ergebende Confirmation zu sichern“ — sind vollkommen zweckmäßig und correct.

III. Das Staatsministerium wird aufgefordert, die so geplante Organisation so schnell als zulässig zur Ausführung zu bringen.

Hierzu hatte Abg. v. Ludwig das Amendement gestellt: statt der Worte: „die an Rußland grenzenden Kreise“ zu lesen: „die an Rußland und an Oesterreich grenzenden Kreise.“

Die Budgetcommission beantragt: 1) die Staatsregierung aufzufordern, bei der Reichsregierung auf die Einleitung internationaler Verhandlungen mit den Nachbarstaaten hinzuwirken, um eine strenge Ueberwachung der Rinderpest in ihren Heimathsorten herbeizuführen; 2) über den Antrag des Abg. Donalies nebst dem Unterantrage des Abg. v. Ludwig und Genossen als durch die Mittheilungen der königlichen Regierung erledigt, zur Tagesordnung überzugehen.

Referent Abg. Birchow: Der Antrag Donalies führt in seiner Einleitung eine Anzahl Motive und darunter hauptsächlich die gegenwärtige Calamität der Rinderpest an. Diese Motive haben zu dem ersten Antrage der Commission geführt. Bereits früher war schon eine internationale Conference in Wien zusammengetreten, um Maßregeln gegen die Vertheilung der Rinderpest zu beraten. Derselbe ist ziemlich resultatlos verlaufen, weil sie sich zu keinen energischen Beschlüssen auftrafen konnte. Der Heerd der Seuche sind in der alten Welt die Steppen Rußlands und Oesterreichs, in America ist es Texas. Die letzte Zeit hat gezeigt, welche Gefahren uns von denselben drohen. Jedoch muß ich constatiren, daß unsere Grenze so gut bewacht war, daß die Einschleppung der Seuche nur auf dem Wege des Schmuggels möglich war. Trotzdem ist die Seuche sofort constatirt und mit energischen Mitteln bekämpft worden. Wenn trotzdem die weitere Vertheilung nicht verhindert werden konnte, so liegt das in dem Mangel des geeigneten Personals, welches die Seuche gleich zu erkennen vermag. Wir haben zu diesem Zweck fast die gesammte Thierarztschule auflösen müssen. Rußland und Oesterreich müssen veranlaßt werden, Maßregeln gegen die Vertheilung zu treffen, da von der Steppe bis an unsere Grenze ein weiter Weg ist. Die Verladung des Steppenviehs muß auf bestimmte Bahnpunkte centralisirt und diese scharf überwacht werden. Ich habe auf der Conference für Hygiene in Brüssel den Vorwurf gegen Rußland erhoben, daß es hierin nichts thue, und die Vertreter Rußlands haben geschwiegen. Ich will das auch in diesem Hause wiederholen. Die technische Deputation für das Veterinärwesen hat constatirt, daß das russisch-polnische Grenzvetinärwesen eine reine Fiktion ist. Wie man keinen Anstand nahm, in Konstantinopel eine internationale Cholera-Commission zu etabliren, so sollte man auch bei dieser Calamität zu einer internationalen Maßregel schreiten. Der Antrag des Abg. Donalies ist nicht mehr zeitgemäß. Der Minister hat den Verhandlungen der technischen Deputation beigewohnt und ihre Gesichtspunkte acceptirt. Deshalb bitte ich Sie, die Anträge der Commission anzunehmen.

Abg. v. Ludwig (auf der Tribüne schwer verständlich) klagt über Mangel an thierärztlicher Hilfe im Kreise Glatz-Habelschwerdt und wünscht deshalb auch für diesen Kreis einen Aمانuensen für das Thierarzt.

Minister Friedenthal betont, daß er das Mögliche für die Heimath des Vorredners gethan habe, daß alle Mißstände sich nicht auf einmal sondern nur allmählig beseitigen ließen und daß für ihn hierbei die Gesichtspunkte maßgebend seien, welche er in zweiter Lesung dargelegt habe.

Abg. Birchow constatirt, um Mißverständnissen vorzubeugen, daß es sich bei den in Rede stehenden Veterinärbeamten um selbstständige Thierärzte, nicht um Aمانuensen handle.

Die Anträge der Budgetcommission werden angenommen.

Schluß 4½ Uhr. Nächste Sitzung Dienstag 10 Uhr. (Fortsetzung der Sitzungsberatung.)

Berlin, 12. Februar. [Amtliches.] Se. Majestät der König hat den

Kammer-Präsidenten Joseph Anton Wächter zu Saargemünd in seiner bisherigen Eigenschaft an das Landgericht zu Straßburg verlegt.

Se. Majestät der König hat dem Landrathe Stürz zu Düren den Charakter als Geheimen Regierungsrath verliehen, und den früheren Kreisgerichts-Director Hempel in Magdeburg zum Director des Kreisgerichts in Weßlau ernannt.

Der Kreisrichter May zu Rosenberg O.S. ist zum Rechtsanwalt bei dem Kreisgericht in Friedeberg N.-M. und zugleich zum Notar im Departement des Appellationsgerichts zu Frankfurt a. O. mit Anweisung seines Wohnsitzes in Arnswalde, und der Referendar Bartholomäus aus Köln zum Advocaten im Bezirk des königlichen Appellationsgerichtshofes zu Köln ernannt worden.

Berlin, 12. Febr. [Se. Majestät der Kaiser und König] begaben sich gestern Mittag 12½ Uhr nach dem Schlosse zur Feier des Krönungs- und Ordensfestes; nach der Rückkehr um 3 Uhr fand bei Allerhöchstdenselben eine Conferenz-Sitzung statt.

Heute nahmen Se. Majestät der Kaiser den Vortrag des Geheimen Civilcabinetts entgegen und empfingen den Obersten Freiherrn von Amelungen, welcher, bisher Chef des Generalstabes IV. Armee-Corps, zum Commandeur des 8. Ostpreussischen Infanterie-Regiments Nr. 45 ernannt worden ist und als solcher sich meldete.

Das Familiendiner fand gestern im königlichen Palais statt.

[Se. Kaiserliche und königliche Hoheit der Kronprinz] nahm am Sonnabend im Laufe des Vormittags militärische Melbungen entgegen und empfing den General à la suite Fürsten Anton Radzwill.

Gestern nahm Se. Kaiserliche und königliche Hoheit früh 8 Uhr den Vortrag des Geheimen Regierungsrathes von Brauchitsch aus dem Ministerium des Innern und um 11 Uhr die Meldung des Chefs des Generalstabes des IV. Armee-Corps, Oberst-Leutnant v. Wittich, entgegen.

Gegen 12 Uhr begaben sich Ihre Kaiserlichen Hoheiten die Kronprinzlichen Herrschaften mit Sr. königlichen Hoheit dem Prinzen Wilhelm zum Ordensfest in das königliche Schloß.

Um 3 Uhr war Se. Kaiserliche Hoheit zu einer Conferenz-Sitzung bei Sr. Majestät dem Kaiser. Zum Familiendiner waren die höchsten Herrschaften mit Sr. königlichen Hoheit dem Prinzen Wilhelm bei den Majestäten.

Berlin, 12. Febr. [Der Kaiser. — Die Theilung der Provinz Preußen. — Zur Reichstags-Eröffnung. — Das Oberpräsidium in Schlesien.] Das Ordensfest ist in der Beschränkung, welche durch die noch fortdauernde Hoftrauer bedingt wurde, gefeiert worden. Alle Theilnehmenden wissen nicht genug zu erzählen von dem äußerst frischen und gesunden Aussehen des Kaisers. Von der gegenwärtig vortrefflichen Gesundheit des Monarchen giebt auch die Thatsache Zeugniß, daß derselbe unmittelbar nach dem Ordensfest, welches ihm vier Stunden lang die Repräsentationspflichten auferlegt hatte, die Minister zu einer Conferenz-Sitzung bei sich vereinigte. In derselben ist der Gesetzentwurf über die Theilung der Provinz Preußen zur definitiven Erledigung gelangt. Die Vorlage wird nun unverzüglich erfolgen. Die Beschäftigung des Conferenzs mit dieser Frage hatte darin ihren Grund, daß der Kaiser den Wunsch hatte, sich vor der definitiven Beschlußfassung noch mit dem Staatsministerium mündlich über die Theilung auszusprechen. Das Staatsministerium war übrigens seinerseits schon am 2. Febr. über die Frage schlüssig geworden, da der Provinzialausschuß einen sehr dringenden Antrag auf Beschleunigung gestellt hatte. — Wie gewöhnlich wird auch jetzt wieder über die bevorstehende Eröffnung des Reichstages viel Voreiliges durch die Presse verbreitet. Man will schon bestimmt wissen, daß der Kaiser in Person die Thronrede vorlesen und daß diese umfassende Aeußerungen über die auswärtige Politik enthalten werde. Bekanntlich ist es nicht üblich, schon so frühzeitig über die Art der parlamentarischen Eröffnungsfeier feste Beschlüsse zu fassen, zumal da doch auch das persönliche Wohlbefinden des Kaisers dabei entscheidend ist. Was aber die auswärtige Politik betrifft, so ist die Situation gegenwärtig so sehr in flüchtigem Fluß, daß man unmöglich schon jetzt wissen kann, ob es zur Zeit der Reichstags-Eröffnung angängig ist, auf die auswärtige Politik in umfassender Weise einzugehen. — Auch die Nachricht, daß die Ernennung des Herrn von Puttkamer in Weg zum Oberpräsidenten der Provinz Schlesien nahe bevorstehe, entbehrt der Begründung. Der Urlaub des Grafen Arnim ist noch nicht abgelaufen und wenn auch vielfach behauptet worden, derselbe werde nicht auf seinen Posten zurückkehren, so ist doch zuvor erforderlich, daß ein Enslaffungsgesuch eingebe. So lange das nicht der Fall ist, kann doch von einer anderweiten Besetzung des Oberpräsidiums nicht die Rede sein.

Berlin, 12. Febr. [Cabinettsconferenz. — Der Reichstag. — Wahl.] Gestern fand ein Cabinettsconferenz unter dem Vorsth Se. Majestät des Kaisers statt, in welchem hauptsächlich die Frage wegen Theilung der Provinz Preußen zur Verathung und endgiltigen Feststellung gelangt ist. Der Entwurf sollte noch heute an das Abgeordnetenhaus gelangen und es sind seitens des Bureau alle Einrichtungen getroffen worden, um sofort den Druck des nicht umfangreichen Schriftstücks vorzunehmen und die Vertheilung desselben morgen zu bewirken. Hiernach ist anzunehmen, daß die erste Lesung des Gesetzes an einem der letzten Tage dieser Woche erfolgen wird. Die Majorität des Hauses ist übrigens für die Vorlage, obwohl seitens der Fortschrittspartei lebhafter Widerspruch dagegen erhoben werden soll. Es ist nicht unwahrscheinlich, daß die Vorlage einer Commission überwiesen wird, dort soll sie dann so schnell wie möglich erledigt und wieder an das Plenum gebracht werden. Es fehlt nicht an Stimmen, welche behaupten, die ganze Angelegenheit trage für jetzt nur einen vorbereitenden Charakter und solle erst im Herbst zur endgiltigen Erledigung gelangen. Dies wird uns als entschieden irrthümlich bezeichnet. Die Regierung wird Anlaß nehmen, ausdrücklich auszusprechen, daß sie auf eine Beschlußfassung über die Vorlage im gegenwärtigen Moment ein ganz besonders großes Gewicht lege. Uebrigens denkt jetzt Niemand mehr daran, daß es möglich sein möchte, den Landtag noch im Laufe dieses Monats zu schließen. Die knapp bemessene Zeit dieser Session hat sehr viele Schwierigkeiten und Unzulänglichkeiten im Gefolge. Diejenigen Abgeordneten, welche in den Commissionen thätig sind, können die ihnen obliegenden Arbeiten kaum bewältigen. Die Budget-Commission ist in der Regel 1 bis 2 Stunden vor den Plenarsitzungen des Morgens, und nach dem Schluß derselben wieder bis in die Nacht hinein thätig. So lange dies fort dauert, ist es auch nicht gut möglich, am Abend Plenarsitzungen abzuhalten. — Inzwischen schreiten die Vorarbeiten für den Reichstag auch verhältnismäßig nur sehr langsam vorwärts. In Gesezen ist so gut wie nichts, und vom Etat nur erst ein ganz kleiner Theil fertig gestellt, die Etats des auswärtigen Amtes, der Marine und der Militärverwaltung, also gerade das Wichtigste, liegen noch gar nicht vor, während die bis jetzt erschienenen Etatsgruppen doch von keinerlei Erheblichkeit sind und doch trennen uns nur noch etwa 10 Tage vom Zusammentritt des Reichstages, für den so ungemein wichtige Aufgaben zu erwarten sind. — Ueber die Deckung des Deficits im Reichshaushaltsetat haben die Erwägungen bereits begonnen. Es werden nach mehreren Richtungen hin Vor-

Schlüsse ventiliert, bei denen die Vermehrung der eigenen Einnahmen des Reiches eine große Rolle spielt. Man scheint dahin zu neigen, ein oder das andere der früheren Steuerobjekte wieder vorzuschlagen zu wollen und hofft dies mit mehr Aussicht auf Erfolg zu thun, als bisher. Auch der Ausgang dieser Beratungen ist noch nicht abzusehen. — Im dritten Berliner Reichswahlbezirk wollen die Socialdemokraten nunmehr ihren früheren Candidaten Ratow wieder aufstellen, nachdem Dr. Johann Jacoby zu Königsberg die Annahme eines Mandats entschieden abgelehnt hat.

Stalien.

Rom, 3. Febr. [Nicotera. — Die neuen General-Com-mandos. — Verdi.] Welcher Art das Unwohlsein gewesen ist, das den Minister des Innern — augenblicklich der Angelpunkt der hiesigen Politik — zu seiner Rundreise durch Salabrien veranlaßt hat, ist nicht bekannt und wird sich, schreibt man der „R. Z.“, schwerlich medicinisch feststellen lassen. Aber einigermaßen wohl scheint sie ihm bekommen zu sein. Nicht sowohl wegen einer sehr gemäßigten Ansprache, die er an die Wähler von Cantazaro gehalten hat, und in der er seine Beziehung zu der Oppositivität der monarchischen Principien und seine Abneigung gegen das allgemeine Stimmrecht kundgegeben hat. Der Muth, mit dem Herr Nicotera auf solche Art den Zorn der äußersten Linken herausbeschwört, ist immerhin anerkennenswerth, aber er bewegt sich mit diesen Erklärungen doch einfach in den der jetzigen Regierung naturgemäß gesteckten Bahnen. Wichtiger aber ist der Dämpfer, der seit der Rückkehr Nicotera's zu seinen persönlichen Gunsten der im Parlamente wie bei Hofe eingeleiteten Agitation aufgesetzt worden ist. Die eigentlich republikanische Spitze dieses selbstamen Treibens scheint gelegentlich der Rede des republikanischen Deputirten Cavalotti zu Gunsten einer nach Mailand zu entsendenden Deputation zur Todtenfeier der beim Aufstande vom 6. Februar 1853 Gefallenen allzu scharf zu Tage getreten zu sein. Genug, es ist ein augenscheinlicher Rückschlag in diese gefährliche Strömung eingetreten, insofern als der Antrag auf Pensionirung der Ueberlebenden von Capri in den Bureaux der Kammern in aller Stille unschädlich gemacht worden ist, und der Minister selbst einfach als Baron, und zwar als Pseudo-Baron dazu, sich wieder in Rom vorgestellt hat, anstatt als Graf oder Herzog von Capri, wie es des Königs Absicht gewesen sein soll. Man versichert, daß ein warnendes Telegramm des Herrn Depretis diese Standes-erhöhung, die dem Ansehen der Krone selbst sehr fatal hätte werden können, verhindert habe. Die Kammer ist mittlerweile trotz allerlei kleiner Abhaltungen und Verzettelungen ihrer Thätigkeit nach einer dreitägigen Beratung dahin gekommen, das Gesetz bezüglich einer kleinen Umänderung der militärischen Eintheilung des Landes anzunehmen. Italien wird jetzt zehn General-Commandos haben, statt der früheren acht, verbunden mit geringfügigeren Aenderungen in den kleineren militärischen Verwaltungsbezirken, und der Minister erhofft davon, „eine rasche und leichte Mobilisation, indem die Armee auf Friedensfuß so organisiert sein wird, daß ihre großen Abtheilungen und verschiedenen Dienstzweige der Kriegsformation entsprechen, und weiterhin eine ungehinderte Fortdauer der Functionen des Territorialdienstes während der Zeit, daß die Armee mobil ist“. Im Ganzen wird die neue Einrichtung als ein Schritt zum Besseren angesehen. Um freilich dem von Deutschland erreichten oder von Frankreich angestrebten Muster einer raschen Mobilmachung gleichzukommen, müßte das Territorial-princip auch auf die Zuschreibung der ausgehobenen Mannschaften in die einzelnen Corps ausgedehnt und das Eisenbahnwesen auf einen ganz anderen Fuß erhoben werden. — Stiefige Zeitungen haben bereits die Nachricht gebracht, daß Maestro Verdi für das nächste Niederrheinische Musikfest eingeladen ist. Der Gedanke des betreffenden Comites findet hier bei hochstehenden und politisch wichtigen Leuten vielen Beifall, schon weil man hier überzeugt ist, daß man nicht zu viel Bände ausfindig machen kann, um die beiden Nachbarländer enger mit einander zu verschlingen. Wo die Sache die meisten Schwierigkeiten finden könnte, das ist vielleicht beim Maestro selbst, der ein ziemlich unumkehrbares Dasein führt und gern in Zimmern wohnt, die nur mittelst Zugbrücken erreichbar sind, die der Maestro selbst aufzieht, um seiner Ruhe vollkommen sicher zu sein. Ihr Correspondent hat in dessen nicht verfehlt, bei einigen anscheinlichen Leuten hier, die dem Maestro befreundet sind, um gute Fürsprache zu werben, und diese ist denn auch allseits auf das Liebendwürdigste zugesagt worden.

Provinzial-Beitung.

** Breslau, 13. Febr. [Ein nationalliberaler Candi-dat für Breslau.] Die „N. L. Z.“ schreibt: Wie wir hören, ist in Breslau von den liberalen Parteien für die Nachwahl an Stelle Kaster's die Candidatur des früheren bairischen Staats-Ministers Dr. Jolly in Aussicht genommen. Herr Jolly hat zwar auf eine erste Anfrage abgelehnt, die Bemühungen, ihn zur Annahme zu bewegen, werden jedoch fortgesetzt.

—d. Breslau, 12. Febr. [Breslauer Gewerbeverein.] Zur letzten Sitzung, in welcher Stadtrath Späuf den Vorsitz führte, waren u. A. eingegangen: „Die Reform des Zolltarifs mit besonderer Berücksichtigung des deutschen Handels von A. Lohren, Director der Berlin-Neuen-dorfer Actien-Spinnerei; „Deutsche Zeit- und Streit-Fragen“, Flug-schrift zur Kenntniß der Gegenwart, von Fr. v. Holkenhoff und W. Enden; „Adam Freiherr von Burg“, Lebensbild eines Oesterreichers. Anknüpfend an einen in der Virchow und Holkenhoff'schen Sammlung erschienenen Vortrag über die Aluminindustrie in Deutschland theilt Gymnasiallehrer Dr. Weblo mit, daß Herr Stein jetzt nicht nur Gewichte und Normal-maße von Quarz verfertigt lasse, sondern auch damit umgehe, Wägebalken für wissenschaftliche Untersuchungen, Kreisrädchen zu Meßinstrumenten wie Theodoliten u. s. f. so gar Normalthermometer anzufertigen. — Wagenbauer Dreßler legte eine Anzahl Abbildungen von Wagen vor, welche in Philadelphia ausgestellt waren, sowie Hölzer-Holz, aus welchem die Amerikaner Wagen bauen, die sich einer großen Leichtigkeit erfreuen. — Vorgezeigt wurde ein aus Blei und Zinn gefälltes 5 Pfennig-Stück. — Herr Dr. Weblo machte ferner die Mittheilung, daß, wenn die Errichtung einer Handwerker-Fortbildungsschule vom Magistrat abgelehnt werden sollte, der Verein dann selbstständig mit der Errichtung einer solchen Schule vorgehen werde und zwar zunächst für Söhne der Vereinsmitglieder. Es soll aber nicht, mit der unteren, sog. Replikationsklasse, sondern gleich mit der oberen Stufe begonnen werden, in welcher Physik, Chemie, Buchführung, Zeichnen und Mathematik gelehrt wird. — Hierauf hielt Ober-Bürgermeister Althaus den angekündigten Vortrag: „Bemerkungen zu dem Entwurf eines deutschen Patentgesetzes“. Der Redner, welcher in jüngster Zeit die amerikanischen Verhältnisse an Ort und Stelle aus Genaueste studirt hat, wies zunächst die fegensreichen Folgen der amerikanischen Patent-Gesetzgebung an großen Anzahl von ihm mitgebrachten Apparaten u. s. nach, die das Interesse der Anwesenden in hohem Grade erregten, besprach demnach genauer die amerikanischen Einrichtungen und Principien und ging dann auf den deutschen Patent-Gesetzentwurf über, dessen einzelne, besonders wichtige Para-graphen er kritisirte. Der stenographische Bericht über diesen Vortrag wird in der nächsten Nummer des „Breslauer Gewerbeblattes“ erscheinen. Der Vorsitzende sprach dem Redner den Dank für den außerordentlich interessanten und belehrenden Vortrag aus. — In den Vorstand wurden gewählt: Stadtrath Späuf, Handelskammer-Syndikus Dr. Graß, Apotheker Müller, Sattler-Obermeister Pracht, Gewerbe-Schul-Director Dr. Fiedler, Hof-Wagenfabrikant Dreßler sen. Director B. Milch, Fabrikbesitzer Meinede sen. und Ingenieur Hippert. — Den nächsten Vortrag wird Prof. Dr. Hartmann Schmidt halten.

B. Breslau, 10. Febr. [Verein Breslauer eb. Lehrer.] In der 3. Sitzung vom 3. Febr. c. hielt Herr Henkel einen Vortrag über Zeichnen. Dem non scholae, sed vitae entsprechend, will er aus der Schule die effect-bollen, auf die Ausstellung fürs Examen berechneten Schaustücke, bestehend in gedankenlos angefertigten Copien unterthäniger Vorlagen, verbannt sehen; damit würden für ihn auch die letzten Reste jener verfluchten Idee, die Kinder dasjenige bildlich darstellen zu lassen, was irgendwo im Unter-richte erwähnt wurde, hinschwinden. Soll unter Zeichnen dem Leben dienen, dann muß es den Schüler im Auffassen, Erkennen und Unterscheiden der Formen, dem Beurtheilen der Maßverhältnisse, im freien Darstellen und Reproduciren üben; denn die Zeit ist für den Handwerker vorüber, in der sich durch Traditionen und lange Zeiträume gute Formen und Herstellungsweisen der Gegenstände vererbten. Diese Rücksicht schließt auch die Anwendung des Lineals und des Maßes im Zeichenunterricht nicht durchweg aus; es ist sogar wünschenswerth, der Gebrauch dieser und anderer tech-nischen Hilfsmittel, deren sich die Industrie bedient, zu lehren; allein da-durch darf das oben gegebene allgemeine Ziel nicht allseitig werden. — Nach welcher Richtung der Vortragende den für die unteren Stufen ge-igneten Stoff ausgewählt sehen möchte, das zeigte er an einer Menge vor-gelegter Schülerzeichnungen, während er die anzunehmende Methode an einer stilisirten Plattform auf der Wandtafel zeichnend veranschaulichte. Er will demnach auf der Oberstufe typische Formen als Verzierungen der Kunstgegenstände, also keine naturgetreuen Darstellungen berücksichtigen lassen. — Die lebhafteste Debatte zeigte, von wie hohem Interesse der beregte Gegen-stand für die Anwesenden war. Als Ergebnis der Discussion ist die Ver-einigung auf folgenden Punkten anzusehen: 1) der Zeichenunterricht darf sich dem allgemein geltenden pädagogischen Grundsätzen unterwerfen und soll mit der Hand zugleich die Denkfähigkeit entwickeln. 2) Neben dem Frei-handzeichnen ist auch das Linearzeichnen zu berücksichtigen. 3) Ziel des Frei-handzeichnens ist: freie Auffassung und Darstellung leichter Formen. Als Mittel empfehlen sich Wandvorlagen. Es ist wünschenswerth, daß die Entwicklung der zu verwendenden Figuren den Vorlagen andeutungsweise beigegeben werde. 4) In Mädchenschulen sollen die im Handarbeits-Unterricht zur Verwendung kommenden Formen Berücksichtigung finden. 5) Für jede Stufe ist der Zeichenstoff genau festzustellen. 6) Die Zeichen-stunde in Klasse III a komme in Wegfall.

* Jahresbericht des „Breslauer Lehrer-Zirkel“. Der Bres-lauer Lehrer-Zirkel hielt im verflossenen Jahre 31 Sitzungen ab, und zwar fanden in 21 Sitzungen wissenschaftliche Vorträge statt, in 7 Sitzungen wurden Tagesfragen und Vereinsgeschäfte erledigt, 3 galten dem Scherz. Die Thematik der Vorträge waren folgende: Die anatomischen Systeme, das Muskel-system (Coll. Zing), der Tors, der Kaffee, die Luftschiffahrt (Coll. Engel), Geologie im Allgemeinen, Fossilien, Vulcanismus (Coll. Hantke), die Kraniche des Jbytus, der Spaziergang (Coll. Wagner), Tristan und Isolde (Coll. Wohl), die Chinesen (Coll. Taube), der Einfall der Mongolen in Polen und Schießen (Coll. Weniger), Freen Pestalozzi's über religiös-sittliche Er-ziehung, Lieder und Gedichte (Coll. Neumann), die Wunderkraft der Liebe (Coll. Jiesche), das einige Zusammenwirken in der Erziehung (Coll. Hahnel). Sammelliche Vorträge waren sehr interessant und riefen lebhafteste Debatten hervor. — Im October feierte der Verein sein Stiftungsfest, und zwar hatten diesmal, abweichend von dem früheren Gebrauche, auch Damen Zutritt. Die 200. Sitzung des Vereins wurde ebenfalls durch eine besondere Festfeier ausgezeichnet. Für die gemüthlichen Sitzungen wurden Verzierungen ver-fahrt. Der Verein unternahm auch unter zahlreicher Theilnahme drei Aus-flüge auf das Land, welche viel Erheiterendes boten. — Die Vereinsbibliothek ist in stetigem Wachsthum begriffen, da der Verein den weitaus größten Theil seiner Einnahmen auf dieselbe verwendet. 1876 stieg die Anzahl von 483 auf 571, und auch in diesem Jahre sind schon wieder bedeutende Werke angekauft worden. Der Les-Zirkel enthält sehr gute pädagogische und wissenschaftliche Zeitschriften. Noch sei bemerkt, daß 2 Vereinsmitglieder, die Coll. Jiesche und Hahnel, im vorigen Jahre das Examen für Lehrer an Mittelschulen mit Erfolg abgelegt haben. Den Vorstand des Vereins bilden für das Jahr 1877 die Collegen Blümel, Wagner, Hadenberg, Weniger und Taube. Coll. Jiesche ist der altbewährte Vereinsbibliothekar. — Der Lehrer-Zirkel hofft, durch seine Thätigkeit im verflossenen Vereinsjahre seiner Auf-gabe, wissenschaftliche Studien und wahre Collegialität zu pflegen, treu geblieben zu sein.

X. Neumarkt, 12. Febr. [Der ortsanartige Sturm] hat hier viel-fache Beschädigung an Dächern sowie Bäumen verursacht. Vom ersten Stockwerk eines Hauses Ecke der Breitenstraße fiel ein Doppelfenster herab und dicht vor einer des Weges kommenden Frauensperson nieder, die mit genauer Noth der Gefahr entgingen.

S. Striegau, 9. Febr. [Vorschussverein.] Der hiesige Vorschussverein (eingetragene Genossenschaft) hielt gestern unter Leitung des Herrn Stiens in hiesiger Localität seine stammesmäßige Generalversammlung ab. Aus dem von Seiten des Kassirers Kaufmann Kaminsky erstatteten Berichte über die Geschäftsergebnisse des verflossenen Jahres war zu entnehmen, daß der Verein auf solider Grundlage beruht und nach allen Seiten hin in bester Entwicklung sich befindet. Die Zahl der Mitglieder stieg von 448 auf 491. Der Gesamtumsatz erreichte eine Höhe von 1,312,000 Mk. Eingenommen wurden 591,463 Mk., ausgegeben 583,481 Mk. Das Mitglieder-Guthaben stieg von 38,088 Mk. auf 42,779 Mk. An Vorschüssen resp. Prologationen wurden gewährt 570,271 Mk., dagegen zurückgekauft 246,542 Mk., so daß das Vorschusskonto mit 323,729 Mk. abschließt. Die Anleihen gegen Schuld-documente betragen 179,392 Mk., Spareinlagen waren 100,481 Mk., mithin im Ganzen 279,873 Mk. An Zinsen für Darlehen (= 6 1/2 pCt.) wurden eingenommen 21,813 Mk., dagegen ausgegeben (= 4 1/2 und 5 pCt.) 13,346 Mk., so daß sich ein Ueberschuß von 8466 Mk. ergibt. Hiervon sollen laut Beschluß der Generalversammlung nach Abzug der 2892 Mk. betragenden Verwaltungskosten 3487 Mk. als 10 pCt. Dividende vertheilt, der Rest aber nach anderweitigen als nothwendig sich ergebenden Abzügen dem Reservefonds zugeschrieben werden. Letzterer erreicht dadurch die Höhe von 5604 Mk. oder 14 1/2 pCt. des Mitglieder-Guthabens. Die General-ver-sammlung theilte dem Kassirer Decharge. Einen weiteren Gegenstand der Verhandlung bildete der von Seiten des Vorstandes gestellte Antrag den Vorstand zur Aufnahme von Anleihen bis zum Gesamtbetrage bis 360,000 Mark zu ermächtigen. Vereinsdirector Kaufmann Polla wies die Nothwendigkeit der beantragten Credit-Erweiterung nach, worauf die Versamm-lung den Antrag genehmigte. Ebenso soll einer späteren Generalversamm-lung eine Statutenänderung zur Beschlußfassung unterbreitet werden, dahin-gehend, das Guthaben der Vereinsmitglieder auf den Höchstbetrag von 200 Mark, statt wie bisher, auf 150 Mk. zu normiren. Auch hinsichtlich des Ausschreibens verzogener Vereinsmitglieder bedarf es einer statutarischen Be-stimmung.

Antonienhütte, 11. Febr. [Bildungsverein. — Sturm.] Herr Professor Grundmann hielt am 8. d. Mts. seinen Vortrag über „Orden-entstehung und Erdenbelegung“ im hiesigen Bildungsverein fort. Beson-deres hohes Interesse boten die Ausführungen des Redners, daß die bekannte Darwin'sche Theorie „von der Abstammung des Menschen vom Affen“ durch-aus nicht stichhaltig sei. Diesen mit vielem Beifall aufgenommenen Deduc-tionen beipflichtend, veranschaulichte derselbe den Vorlesenden des Vereins, Herr Dr. Wanjura, im Anschluß an den Vortrag des Herrn Professors. — Nachdem wir seit vorgestern fast ununterbrochen Schnee und abwechselnd Regen hatten, erhob sich gestern Abend ungefähr 1/2 12 Uhr ein gewaltiger Südost, welcher von Gewitter begleitet bis gegen 4 Uhr Morgens dauerte und durch sein fürchterliches Gerausche die hiesige Bevölkerung in nicht geringe Angst versetzte. Der größte Schaden, den diese nächtliche Windesbraut in unserer unmittelbaren Nähe verursachte, reducirte sich glücklicher Weise, abgesehen von einer Anzahl zertrümmerter Fensterscheiben, bis auf die Dachabdeckung eines Schuppens der hiesigen Liebeshütte, welches Dach sammt dessen Balken vom Sturmwind in den nahe gelegenen Teich geschleudert wurde. Wie man hört, hat auf dem eine halbe Meile von hier entfernten Dorfe Salemba dieser würdige Gast drei Häuser abgedeckt; auch sollen in derselben Nacht auf der Chausseestrecke zwischen Beuthen und Godelahütte ca. 12 Tele-graphenstangen vom Sturme umgeworfen sein.

Gesetzgebung, Verwaltung und Rechtspflege.

B. Breslau, 12. Febr. [Schwurgericht. Wiederholte Urkunden-fälschung.] Der Malter Salo Tarrasch aus Breslau, 44 Jahre alt, bisher unbestraft, wird angeklagt, vier Wechsel in Gesamtsumme von 39200 Mark gefälscht zu haben. Tarrasch hat sich f. 3. der Untersuchung durch die Flucht nach Amerika entzogen; freilich wurde ein Steckbrief erlassen, aber zu spät, um die Flucht zu verhindern. Im September v. J. kehrte T. freiwillig nach Deutschland zurück, seine Hoffnung, er würde unentdeckt bleiben, ging nicht in Erfüllung. In Schwedt a. O. wurde T. er-greifen und nach den hiesigen Untersuchungsakten transportirt. Der An-geklagte gesteht die Fälschungen zu, behauptet jedoch, nicht in der Absicht gehandelt zu haben, sich einen Vermögensvorteil zu verschaffen. Für den letzteren Fall bestimmt der § 268 des Strafgesetzbuchs nämlich Zuthaus

strafe bis zu fünf Jahren, und nur bei Annahme mildernder Umstände ist Gefängnißstrafe zulässig. — Tarrasch verkaufte im April 1875 an den Kaufmann Mar Abraham zu Breslau einen über 2400 Mark lautenden, am 11. Juli 1875 fälligen Wechsel; als Aussteller fungirte der Angeklagte, gleichzeitig schrieb dieser aber auch den Acceptationsbemerker „Angenommen für zweitausendhundert Mk. G. Rubolf“, ohne hierzu von dem Bezogenen, Kaufmann Gustav Rubolf zu Klein-Tinz, ermächtigt zu sein. In gleicher Weise war ein Wechsel in Höhe von 2500 Mark fällig am 9. Mai 1875 gefälscht, Tarrasch zog denselben kurz vor dem Verfalltage gegen einen neuen Wechsel, auf 2580 Mark lautend, ein. Der Verfalltag war nunmehr der 1. Juli, die Fälligkeit ganz so wie früher. Die übrigen 2 Wechsel lauteten auf 3000 Mark, fällig am 6. Juni 1875; der Bezogene war Herr Ritter-gutsbesitzer Hugo v. Ledow in Kraschen bei Medzibor. — b. 2250 Mark, fällig am 5. Juni 1875; gezogen auf Herrn Baron v. Buddenbrod in Bish-berg bei Polnisch-Wartenberg. — Die letzterwähnten 4 Wechsel hatte der Angeklagte bei dem Kaufmann Eduard Kohn hier selbst discountirt. Da der Angeklagte, wie bereits erwähnt, die Fälschungen sämtlich zugestehet und seine früheren Behauptungen, „die Bezogenen hätten ihm die Erlaubniß zur Ausstellung ihres Accepts erteilt“, zurückzieht, so wird auf die Ver-nehmung der Belastungszeugen verzichtet. Tarrasch macht jedoch Anspruch auf mildernde Umstände und hat demgemäß sein Verteidiger Herr Justizrath Baron von Dazur die Vernehmung mehrerer Leumundszeugen beantragt. Das Gericht beschließt die Vernehmung der Kaufleute Salo Richterstein, Markus Altmann und David Wagner. Es wird von diesen übereinstim-mend befundet, daß der Angeklagte eine Familie von 8 Kindern hat, sich bis zum Jahre 1875 eines guten Rufes erfreute und keiz ordentlich und reell gewesen ist; gleichzeitig wird dargelegt, daß der Credit des Angeklagten plötzlich sank, als derselbe im Concurse des Kaufmanns Schmähle gegen 5000 Mark verloren hatte. Herr Staatsanwalt v. Rosenberg beantragt das Schuldig in allen vier Fällen mit Verjahung des erschwerten Um-standes, die Fälschungen in der Absicht begangen zu haben, sich einen Ver-mögensvorteil zu verschaffen. Der Herr Verteidiger beantragt prinzipiell die Verneinung des erschwerten Umstandes, eventuell aber die Jubilligung mildernder Umstände. Die Staatsanwaltschaft tritt der Annahme mildernder Umstände schon mit Rücksicht auf die Höhe des Objects entgegen. Die Geschworenen entscheiden, Schuldig in allen vier Fällen mit gewinnmüthiger Absicht mit mehr als sieben Stimmen, es sind jedoch mildernde Umstände vorhanden. Herr von Rosenberg beantragt 1 Jahr Gefängniß und 2 Jahre Ehrverlust. Der Verteidiger hält, da die Geschworenen sich für mildernde Umstände entschieden, diese Strafe für zu hoch. Der Gerichts-hof erkennt jedoch ganz dem Antrage gemäß unter der ausdrücklichen Mo-tivirung, daß nur mit Rücksicht auf die zahlreiche Familie des Angeklagten das Strafmaß so mäßig bemessen worden ist. Tarrasch wünscht auf vier Wochen entlassen zu werden, dieser Antrag wird selbstverständlich vom Ge-richtshofe abgelehnt.

Berlin, 12. Febr. Der gestrige Privatverkehr war bei geringem Ge-schäft ziemlich fest. Creditactien 244,50—246,00—245,50, Franzosen 400,50 bis 402,00, Lombarden 130,50—131,00, 1860er Loose 98,75, Silber-rente 56,10, Papierrrente 51,90, Goldrente 61,00, Italiener 72,40, 5% ige Türken 12,40, Rumänier 13,60, Rumänier Stamm-Prioritäten 65,50, 5% ige Amerikaner —, Köln-Mindener Bahn 100,50—100,60, Bergisch-Märkische Bahn 78,40, Rheinische Bahn 108,75, Galizier 87,75—87,90, Laurahütte 65,90—66,00, Darmstädter Bank —, Disconto-Commandit 109,50—109,75, Deutsche Bank 85,50, Reichsbank —, 5% ige Russen 82,75—82,90. — Nach-börse: Laurahütte 65,75.

Die heutige Börse trug anfänglich eine recht feste Physiognomie und schien auch einen Anlauf „a la hausse“ nehmen zu wollen. Lange hielt indeß die Festigkeit nicht vor, denn man verfuhr doch schon mehrfach die gestiegenen Course zu Realisationen zu benutzen und brachte dadurch die steigende Bewegung zum Stillstand. Später gewann die matte Stimmung noch an Intensität und gab man hierfür das Ein-treffen weidender Coursnotirungen aus Paris als Grund an. Die Wiener Börsen-Depechen blieben fast ganz einflusslos, da der Verkehr dort ebenfalls als sehr geringfügig geschildert wurde. Der Geldmarkt be-wahrt seine eminente Flüssigkeit und fehlt es fortwährend an Disconten. Die internationalen Speculations-Papiere hielten sich im Großen und Ganzen auf dem Courstannde der letzten Tage, die anfänglich nur gezeigten Avancen blieben sie gegen den Schluß wieder ein. Die Oester. Nebenbah-nen behaupteten sich sämtlich in fester Haltung, zeigten sich jedoch nur mäßig belebt. Galizier erhöhte die Notiz etwas. Die localen Speculations-Papiere verhielten sich Anfangs sehr still und nahmen später eine matte Färbung an, das Coursniveau der letzten Tage blieb auch heute fast un-verändert. Disconto-Commandit 109,40, ult. 109,75—110—9,75. Laurahütte 65,75, ult. 66,25—65,75. Die auswärtigen Staatsanleihen hatten in fester Tendenz eröffnet, ermatteten dann aber und gaben auch bei über-wiegendem Angebot in den Coursen fortgesetzt nach. Besonders war Oesterreichische Gold- und Papierrrente offerirt. Russische Werthe ließen mit Ausnahme von Prämien-Anleihen bei sehr stillem Geschäft nach. 5% Russische Anleihe per ultimo 82,90—82,75—82,90. Inländische Anlagewerthe erfreuten sich einer dauernden Beliebtheit. Außer preussischen und anderen deutschen Staatspapieren können hierzu auch die einheimischen Eisenbahn-Prioritäten gezählt werden. Dieselben fanden schäntken Abzug auf dem Eisenbahnmarkt mangelte es an jeglicher Kaufkraft, aber da auch das Angebot unbedeutend blieb, so änderten sich die Notirungen nur wenig. Unhaltbar offerirt, Potsdamer, Stettiner und Halberstädter gaben ebenfalls nach, Märkisch-Posener fest und steigend, Aachen-Matricher belebt. Rumänien matt, Nahebahn und Berlin-Dresdener in gebückter Haltung, aber ziemlich reger. Auch Berlin-Dresdener Stamm-Prioritäten-Actien nachgehend. Halberstädter Stamm-Prioritäten-Actien beliebt. Bankactien ruhig, aber fest. Centralbank für Industrie wurde recht lebhaft umgekauft. Braunschweigische Creditbank belebt und höher. Berliner Handelsgesellschaft in guter Frage. Börsen-handelsverein zog etwas im Course an. Posener Provinzialbank lam eben-falls höher zur Notirung. Deutsche Bank belebt. Bank für Rheinland ging reger um. Sächsishe Bank bei lebhafterem Verkehr steigend. Weimari-sche Bank schwach. Spiritbank Breite matter. Industriebörsen fanden wenig Beachtung, Berliner Holzcomptoir besser, Glaugizer Zunderfabrik anziehend, Norddeutsche Eiswerke matter, Göttinger Eisenbahnbedarf wurde in Po-len aus dem Markt genommen, Kauchhammer höher, Commerener besser, Gelsen-tischen matt, Arenberger, Phönix, Bochumer, Marienhütte und Wilhelmine Victoria niedriger.

Am 2 1/2 Uhr: Schwach. Credit 245,00, Lombarden 131,00, Franzosen 402,00, Reichsbank 158,00, Disconto-Commandit 109,50, Laurahütte 65,50, Köln-Mindener 100,50, Rheinische 108,50, Bergische 78,25, Rumänien 13,25, Türken 12,50, Italiener 72,25, 5% Russ. Anleihe 82,75, Oester. Goldrente 60,90, Silberrente 56,10, Papierrrente 51,75.

Rechtsgrundsätze des Reichs-Oberhandelsgerichts.

(Nachdruck verboten. Gesetz vom 17. Juni 1870.)

** Leipzig, 8. Februar. Neue Rechtsgrundsätze des Reichs-Oberhandels-gerichts sind folgende: Eine Jubelschreie der Gläubiger bei der an den Schuldner gerichteten Mahnung macht diese nicht unter allen Umständen unwirksam, sondern es kommt dabei auf die Umstände des einzelnen Falles wesentlich an. Na-mentlich wird solche Jubelschreie der Regel nach dann für unerheblich zu erachten sein, wenn anzunehmen ist, daß dieselbe nicht derjenige Grund gewesen ist, aus welchem der Gläubiger die ihm obgelegene Leistung unter-laffen hat, dieser vielmehr auch einer auf die geschuldete Leistung beschränk-ten Mahnung nicht Folge gegeben haben würde.

Wenn vom Bezogenen die Acceptation für eine spätere Zeit, als die in der Tratte für deren Zahlung bestimmte, erklärt ist, so ist der Wechsel-Zu-haber berechtigt, Mangels Annahme Protest erheben zu lassen und gegen seine Vormänner Negreß auf Sicherstellungsleistung zu nehmen; andererseits muß er zu der in der Tratte selbst angegebenen Verfallzeit die Präsentation und die Protesterhebung Mangels Zahlung bewirken, um den Negreß gegen den Aussteller und die Vormänner, welche den Wechsel vor der Accep-tation girirt haben, sich zu erhalten. Daß das Accept erst nach der Aus-stellung und Begebung erteilt ist, gilt als Regel. — Wenn der Wechsel im Inlande ausgestellt und girirt ist, so sind Inhalt und Umfang der Negreß-pflicht, sowie diejenigen Voraussetzungen, durch welche die letztere bebtigt ist, nach der deutschen Wechselordnung zu beurtheilen, wenngleich der Giratar und Bezogene im Auslande domiciliren. Nur für die Form der mit einem Wechsel an einem ausländischen Orte zur Ausübung und Erhaltung des Wechselrechtes vorzunehmenden Handlungen — also namentlich, wenn es sich darum handelt, zu welchen Tagesstunden Präsentation und Protesterhebung zu geschehen hat, welche Tage als Feiertage gelten, ob Respecttage zu be-rücksichtigen sind und dergleichen — ist das dortige Recht maßgebend. Der „Betrieb einer Eisenbahn“ steht für die Anwendung des § 1 des Reichs-Schiffschuldengesetzes vom 7. Juni 1871 keineswegs voraus, daß die Bahn bereits polizeilich abgenommen und dem öffentlichen Ver-kehr, b. h. dem bestimmungsmäßigen regelmäßigen Gewerbebetriebe, übergeben sei. Vielmehr ist schon dann, wenn ein Schienenweg auf einem fertigen Bahnkörper zu dem bestimmungsmäßigen Zwecke des Trans-

